

Herrn
KO DI Hans Lindenberger
Abgeordneter zum Tiroler Landtag
**über den Präsidenten
des Tiroler Landtages**
Herrn DDr. Herwig van Staa
im Hause

Landtagsdirektion
Eingelangt am
10. AUG. 2017

Telefon 0512/508-2000
Fax 0512/508-742005
landeshauptmann@tirol.gv.at

DVR:0059463

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten DI Hans Lindenberger betreffend „Erhöhung der Beschäftigtenzahl von Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung; Antrag 185/14“ (255/17) -
Anfragebeantwortung**

Geschäftszahl LHGP-GE-11/25

Innsbruck, 31.07.2017

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In der Sitzung des Tiroler Landtages im Juli 2017 haben Sie eine schriftliche Anfrage betreffend „Erhöhung der Beschäftigtenzahl von Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung; Antrag 185/14“ an mich gerichtet und um Beantwortung nachstehender Fragen ersucht:

- 1) *Bis wann ist mit der Vorlage dieses Berichtes an den Tiroler Landtag zu rechnen?*
- 2) *Gibt es konkrete Zahlen über bereits getätigte zusätzliche Anstellungen von Menschen mit Behinderung, die auf diesen Landtagsbeschluss zurückzuführen sind?*

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

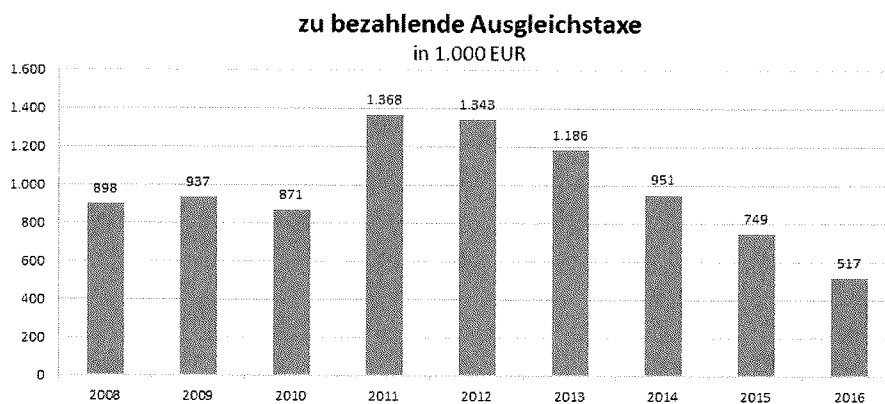
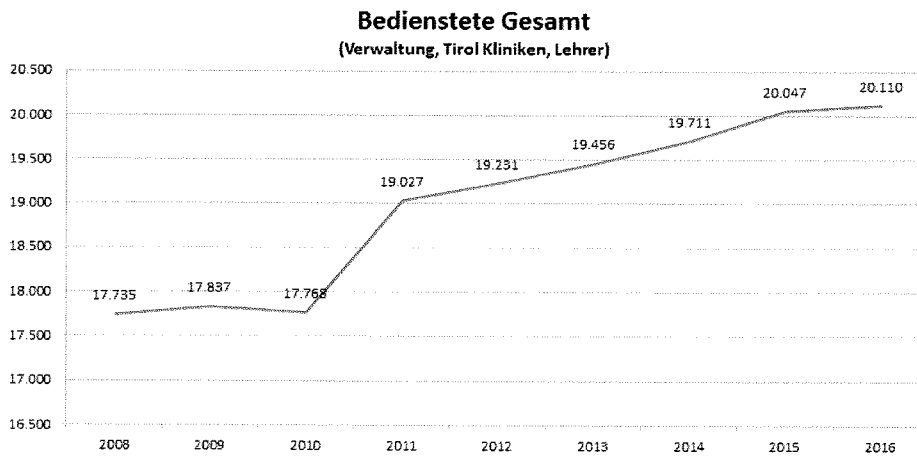
Gemäß § 31 der Landtagsgeschäftsordnung ist jeder Abgeordnete berechtigt, in den Angelegenheiten der Landesverwaltung an die Mitglieder der Landesregierung schriftliche Fragen über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches zu richten.

Ich darf in diesem Zusammenhang zunächst auf die aktuelle Anfragebeantwortung vom 22. Juni 2017 zur Anfrage der Frau Abgeordneten Mag.^a Isabella Gruber betreffend „Ausgleichstaxe nach dem Behinderten-einstellungsgesetz: Wie hoch sind die jährlichen Strafzahlungen des Landes Tirol (allgemeine Verwaltung)

und seiner Landesunternehmen (HYPO, TIWAG)“ zu GZ 207/17 verweisen, in der ich im Besonderen auf die Landesunternehmen TIWAG und Hypo Tirol Bank AG eingegangen bin.

In den vergangenen Jahren seit der zitierten Beschlussfassung im Tiroler Landtag hat es zahlreiche Bemühungen sowohl im Landesbereich als auch in den landesnahen Betrieben gegeben, um die Einstellungsquote von Menschen mit Einschränkungen anzuheben, um damit auch Ausgleichszahlungen (Ausgleichstaxe) zu verhindern.

Dieser konsequente Weg verbunden mit entsprechender Bewusstseinsbildung und bspw. Beschäftigungspaketen hat dazu geführt, dass im unmittelbaren Landesbereich (Landeslehrer, Tirol Kliniken und Allgemeine Verwaltung) bei steigender Anzahl an MitarbeiterInnen die Ausgleichstaxe massiv zurückgegangen ist, wie sich aus nachstehenden Tabellen sehr deutlich ergibt.

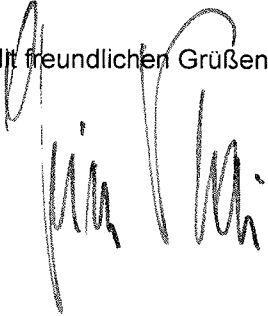


Die bescheidmäßigen Vorschriften des Bundessozialamtes sind demnach vom Jahr 2014 mit rd. Euro 950.000,- innerhalb der vergangenen 2 Jahre knapp auf die Hälfte mit rd. Euro 517.000,- für das Jahr 2016

zurückgegangen, wobei besonders hervorzuheben ist, dass zwischenzeitlich nicht nur die allgemeine Landesverwaltung sondern auch die TirolKliniken die konkreten Beschäftigungspflichtzahlen übererfüllt.

Dieser Weg wird konsequent fortgesetzt, darauf mache ich bei allen möglichen Gelegenheiten die Verantwortungsträger aufmerksam.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. K.', written in a cursive style.